

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Christian Zwanziger

Abg. Sandro Kirchner

Abg. Ralf Stadler

Abg. Manfred Eibl

Abg. Annette Karl

Abg. Alexander Muthmann

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 35** auf:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.

a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorranggebiete für die Landwirtschaft in der Regionalplanung ermöglichen

(Drs. 18/11287)

Ich bitte um ein bisschen Ruhe im Plenum und eröffne die Aussprache. Die Gesamtrededezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Christian Zwanziger. – Bitte schön, Herr Kollege. Sie haben das Wort.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Jetzt versuche ich mal, wieder ein bisschen Ruhe hier in den Laden reinzubringen. Mit was befassen wir uns heute? – Wir wollen landwirtschaftliche Vorrangflächen in der Regionalplanung in Bayern ermöglichen. Das ist uns wichtig, um der Landwirtschaft in Bayern überall einen Platz zu geben. Ich werbe darum, dass möglichst alle demokratischen Fraktionen heute zustimmen. Die Ausschussberatung hat mich da noch nicht überzeugt. Ich gehe aber darauf ein, warum ich die Hoffnung noch nicht aufgegeben habe, dass vielleicht doch auch die Koalitionäre, die die Staatsregierung tragen, zustimmen werden.

Warum stellen wir den Antrag? – Suchen Sie es sich aus! Nehmen Sie den Bayerischen Bauernverband als Quelle: 75.000 Hektar landwirtschaftliche Fläche gingen in 15 Jahren verloren. – Nehmen Sie den Agrarbericht des Ministeriums – die Ministerin ist gerade nicht da –: Wir haben 9 % seit 1995 verloren, also jeden zehnten Acker. Oder nehmen Sie einfach die Flächenzunahme für Siedlung und Verkehr in 2018 und 2019: 2019 sind es 10,8 Hektar am Tag. Jeden Tag geht landwirtschaftliche Fläche verloren. Ich finde, das sollten wir uns nicht mehr leisten.

Deswegen gibt es unseren kleinen, schlanken Antrag. Er ist so kurz, dass ich ihn vorlesen kann: "Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Landesentwicklungsprogramm Bayern die Ausweisung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft in der Regionalplanung zu ermöglichen." – Landwirtschaft in Bayern braucht überall ihren Platz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Warum braucht sie einen Platz? – Zum einen braucht sie ihn natürlich für die Landwirtschaft, zum anderen aber auch für die Natur, fürs Lebensmittelhandwerk und für regionale Wertschöpfungsketten. Was das alles heißt, haben wir auch in der Corona-Krise gesehen. Wir haben gesehen, dass regionale Erzeugung auch Vorteile hat. Wir wollen wertvolle Böden sichern; aber ich betone ausdrücklich: nicht nur die wertvollsten Böden. Wir wollen eine regionale Landwirtschaft überall in Bayern – deswegen auch der Weg über die Vorrangflächen im Landesentwicklungsprogramm.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man kann einmal versuchen, das noch ein bisschen globaler zu betrachten. Wir haben ja in Bayern Tierhaltung, und wir haben als Europa, Deutschland und Bayern auch recht viele Futtermittelimporte. Wenn wir wieder ein bisschen dahin kommen wollen, einen größeren, vielleicht den allergrößten Anteil an Futtermitteln in Bayern, Deutschland oder Europa zu produzieren, dann brauchen wir ebenfalls landwirtschaftliche Flächen. Auch deswegen sollten wir dem in der Landesentwicklung Vorrang geben.

Sie alle haben es wahrscheinlich mitbekommen, ebenfalls global gesehen: Die Zahl der Hungernden ist vor zwei Wochen wieder vermeldet und von den Vereinten Nationen auf 811 Millionen Menschen beziffert worden. Das ist eine unverantwortlich hohe Zahl. Umso unverantwortlicher wäre es, wenn wir in Bayern mit der Ressource Boden zu sorglos umgehen würden. Deswegen fordern wir landwirtschaftliche Vorrangflächen.

Wenn ich mich in Deutschland umsehe, kann ich mir auch nicht erklären, warum Bayern dieses Instrument, das es im Bundesgesetz geben würde, nicht anwendet. Schaut man nach Baden-Württemberg, nach Hessen, ins Saarland, nach Sachsen – ich kann sie jetzt gar nicht alle aufzählen –, sieht man, dass quasi jedes Flächenland in Deutschland das Instrument der landwirtschaftlichen Vorrangflächen verwendet. Warum es in Bayern dann nicht ebenfalls sinnvoll sein soll, ist mir nicht klar.

Vielleicht noch ein Aspekt: Der BR sagt, dass sich die Pachtpreise in Bayern in 15 Jahren im Schnitt verdreifacht haben. Jetzt kommt es auf die Region an. In Unterfranken sind Dreiviertel der Flächen der Betriebe Pachtflächen. Auch deswegen gilt: Wir brauchen einfach einen Riegel, damit landwirtschaftliche Flächen überall in Bayern erhalten werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vielleicht noch kurz zu den Kolleginnen und Kollegen und den Ausschussdebatten: Die Debatte im federführenden Ausschuss war relativ kurz und kompakt. Ich bedanke mich jetzt schon einmal bei Frau Karl, bei der SPD, die zugestimmt hat, und gehe davon aus, dass die Zustimmung jetzt auch hält. Ich bin auch gespannt, wie die Kollegen der FDP abstimmen werden. Wir werden ja eine namentliche Abstimmung haben. Zu den Kolleg*innen der Regierungsfractionen möchte ich auch etwas sagen. Herrn Nussel sehe ich gerade nicht.

(Zuruf)

– Vertretung, okay. Schade! – Aus der Metropolregion Nürnberg sind ja noch andere Kollegen hier. In der Metropolregion gibt es zum Beispiel das Projekt "Regionalproduktspezifisches Landmanagement". Das klingt kompliziert. Das ist ein Projekt der Metropolregion in Kooperation mit dem Institut für Geographie, dem Fraunhofer-Institut und anderen Akteuren. Sie haben sich genau das auf die Agenda geschrieben in der Metropolregion Nürnberg, die einen Großteil Nordbayerns, nicht ganz bis Bad Kissingen, abdeckt. Sie haben gesagt: Wir verlieren jedes Jahr landwirtschaftliche Fläche im

Umfang einer durchschnittlichen Gemeinde in der Metropolregion. So kann es nicht weitergehen. – Deswegen sagen auch sie: Vorbehalts- und Vorranggebiete sind der Weg, den wir gehen müssen. Wenn Sie den GRÜNEN schon nicht zustimmen können, dann diskutieren Sie in der Metropolregion mit den einschlägigen Akteuren! Diskutieren Sie vielleicht auch mit dem Bauernverband, der diese Abstimmung wahrscheinlich sehr interessiert verfolgen wird.

Liebe Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, ich habe in einer Zeitung vom 16. April 2021 etwas vom Kollegen Häusler gefunden. Herr Häusler, Sie haben gesagt, dass die Teilfortschreibung zu Vorrangflächen und Vorbehaltsgebieten in der Landwirtschaft in das LEP kommt. Ich finde das gut und begrüße das ausdrücklich. Ich habe den Minister gesprochen, und er hat betont: Das kommt in das LEP.

Ich kann dazu festhalten: Unser Antrag ist vom 13. November 2020. Die Ausschussberatung fand Ende Januar 2021 bzw. im März 2021 statt. Ich habe in der Ausschussberatung betont, dass ich mit der Fortschreibung des LEP keine Schmerzen habe. Das ist ein kleiner kompakter Antrag, den man mit der Teilfortschreibung abhandeln kann. Dieser hat im Ausschuss keine Zustimmung erhalten. Ich hoffe, dass zumindest die Kolleginnen und Kollegen, die sich bisher auch schon öffentlich geäußert haben, die Vorranggebiete in der Landwirtschaft haben wollen, in der namentlichen Abstimmung auch entsprechend abstimmen.

Deswegen noch einmal: Lassen Sie uns für die Landwirtschaft in ganz Bayern Platz schaffen! Lassen Sie uns Vorranggebiete für die Landwirtschaft schaffen! Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist der Kollege Sandro Kirchner für die CSU-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wie der Kollege Zwanziger gesagt hat, haben wir den Antrag schon im Wirtschaftsausschuss beraten. Während der Vorbereitung musste ich ein bisschen schmunzeln, als ich gelesen habe, wie sich der Landwirtschaftsausschuss mit ihm auseinandergesetzt und sich der Kollege Leopold Herz dazu positioniert hat. Insofern sind die Buschfunkmeldungen an dieser Stelle vielleicht etwas konträr und deswegen auch spannend.

Wenn man die Gesamtsituation anschaut, stellt man fest: Wir hatten im Jahr 2013 die Gesamtfortschreibung des LEP und die Teilfortschreibung im Jahr 2018. Klar ist auch, dass das LEP in dieser Legislaturperiode teilfortgeschrieben werden soll. Dafür gibt es wichtige Punkte, die für uns auf der Agenda stehen. Sehr präsent sind folgende Punkte: der Klimaschutz, die Umwelt, die gleichwertigen Lebensbedingungen, die uns überall in Bayern unterschiedlich herausfordern, und die Mobilität der Zukunft.

Wir haben uns in einer Anhörung mit dem Thema effiziente Flächennutzung sehr kontrovers auseinandergesetzt. Dieses und eben auch die Kompetenzen der Regionalen Planungsverbände, die Sie gerade auch angesprochen haben, werden sich in der Teilfortschreibung widerspiegeln. Gerade damit geht die Diskussion um Vorbehalts-, Vorrang- oder Ausschlussgebiete einher, zum Beispiel für die Landwirtschaft. Das ist in der Diskussion natürlich vollkommen legitim. Vieles ist denkbar und vorstellbar. Ich denke, wenn Ihnen verschiedene Personen etwas suggeriert haben, dann ist es auch nicht abwegig, dass diese Diskussion stattfindet und am Ende so passieren kann. Aber der elementare Unterschied ist, dass wir, wenn wir eine Teilfortschreibung des LEP auf den Weg bringen, nicht schon eine Vorfestlegung treffen können. Es gibt zwischen den verschiedenen Kapiteln des LEP komplexe Zusammenhänge und vielfältige Interessen, die mit einer Teilfortschreibung verbunden sind.

Sicher ist, dass die Landwirtschaft in den vielen Bereichen eine bedeutende Rolle spielen und in diese Diskussion eng eingebunden sein wird. Bevor wir diese Vorfestle-

gung jedoch treffen, gibt es ein sehr klares Verfahren, nach dem unvoreingenommen geprüft wird, wie die Dinge stattfinden sollen.

Es wird eben schon so sein, wenn dieses LEP auf den Weg gebracht wird, dass es dann auch eine Anhörung geben wird, in der die Akteure, die Sie angesprochen haben, die Gelegenheit haben, ihre Interessen, ihre Vorbehalte oder ihre Änderungsvorschläge anzumelden und einzubringen.

Danach kommt das Ganze in das parlamentarische Verfahren hinein, und dann können wir uns auf dieser Ebene, wenn es nicht ohnehin schon berücksichtigt sein sollte, noch einmal sehr intensiv damit auseinandersetzen. Jedoch heute schon eine Vorfestlegung zu treffen, bevor der Prozess abgeschlossen ist, ist kontraproduktiv und verstößt gegen die Systematik. Daher ist heute der falsche Zeitpunkt, auch wenn das unterstützt wird. Deswegen lehnen wir den Antrag ab.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Christian Zwanziger von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Bitte schön.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Herr Kollege Kirchner, ich halte einmal fest: Das sind schon wesentlich wärmere Worte als in der Ausschussberatung, wo nicht von Ihnen, aber von Ihrem Kollegen andere Worte zum Antrag gefallen sind.

Ich möchte Sie einmal fragen: Ich hätte hier gerne mit Ihnen über die Teilfortschreibung des LEP diskutiert; denn wir haben einen Antrag eingespeist. Wir warten allerdings seit Monaten auf diese Teilfortschreibung. Was ist denn jetzt für Sie der Unterschied, wenn Sie davon überzeugt sind, dass Vorranggebiete in Bayern einen Beitrag zur Sicherung der Flächen wären? Was hindert Sie daran, jetzt den Arbeitsauftrag mit in den Prozess einzuspeisen, statt den Vorschlag zu machen, wenn er später im Parlament landet? Was ist denn für Sie qualitativ der Unterschied? In beiden Fällen positioniert sich das Parlament für ein Instrument.

Sandro Kirchner (CSU): Die Systematik ist der Fehler. Ich wiederhole es: Wenn ich heute eine Vorfestlegung treffe, egal für welches Thema, dann nehme ich den ganzen Prozessen den Spielraum. Ich gäbe der Verbändeanhörung nicht die Gelegenheit, die Themen zu justieren, sondern ich würde sie vorschreiben. Ich denke, wenn man am Ende ein belastbares Ergebnis haben möchte, dann muss man die Betroffenen miteinbinden und dann im parlamentarischen Prozess die beste Lösung finden. Dann kann man auch entsprechend damit umgehen.

Noch eine Anmerkung: Ich habe das Protokoll auch unserer Sitzung noch einmal gelesen. Es war viel harmloser, als Sie das jetzt hier darstellen. Auch Walter Nussel hat für Sie sehr warme Worte gefunden und Ihnen nichts vor den Bug geknallt.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Ralf Stadler für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, Herr Präsident, liebe Volksvertreter! Lieber Herr Zwanziger, gut gemeint ist das Gegenteil von gut gemacht. Genauso ist es beim Volksbegehren "Rettet die Bienen!" gewesen: Eine vermeintlich gute Sache führte zu weiteren Einschränkungen der Eigentums- und Vertragsrechte.

Ist es der Gesellschaft wichtiger, produktive Agrarflächen für den Naturschutz stillzulegen oder sie doch für dringend benötigten Wohnraum zu nutzen? – Der Regionalplan gibt die Leitplanken für die Entwicklung einer Region vor. Leider werden die rechtlichen Vorgaben des LEP mit dem Ziel, Flächen zu sparen, bisher nicht erreicht. Maßgebend ist aber nicht der Wille, sondern es sind die konkreten Entscheidungen vor Ort.

Die anstehenden Herausforderungen aufgrund der Klimaveränderung und der Massenimmigration müssen hierbei berücksichtigt werden. Die GRÜNEN müssen sich ein-

mal entscheiden, was sie überhaupt wollen: Landschaft und unberührte Natur oder doch wieder eine Landbewirtschaftung?

Die vorrangige Nutzung über eine zentrale Planwirtschaft zu steuern, ist sicherlich nicht der richtige Weg. Starre Flächenvorgaben sind nicht zielführend; denn bei den Vorrangflächen für die Landwirtschaft schaut es anders aus. Die Umweltverbände laufen Sturm, um die Flächensparziele einzuhalten. Allerdings würden diese Vorbehaltsgebiete eben nicht bis auf die Grünflächen, sondern bis auf die freien Flächen an die Kommunen heranreichen und diese damit in ihren Handlungsspielräumen weiter einschränken. Es wäre dort kaum möglich, ein Siedlungsprojekt durchzuführen. Die Kommunen müssen aber weiterhin selbst entscheiden können, wo und wie sie ihre Projekte umsetzen wollen, auch wenn die Machenschaften der Amigos in den Rathäusern damit ungehindert weitergehen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Allein deshalb ist der Antrag politisch nicht umsetzbar. Auch aus rechtlicher Sicht ist dieser Antrag problematisch. Die Festlegung eines Vorranggebietes für die Landwirtschaft in einem Regionalplan stellt einen Eingriff in die kommunale Planungshoheit dar und bedarf einer umfassenden Abwägung. Diese kann nicht durch die Festlegung von Vorranggebieten ersetzt werden. Ich empfehle den GRÜNEN einen Blick ins Grundgesetz, in Artikel 28 Absatz 2.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Manfred Eibl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Grundlagen und Herausforderungen der räumlichen Entwicklung und der Ordnung Bayerns werden mit der LEP-Teilfortschreibung, mit den Festlegun-

gen zur Gleichwertigkeit und zur Nachhaltigkeit und dem Schwerpunkt effizienter, wo möglich multifunktionaler Flächennutzung zum Klimawandel und zur Wettbewerbsfähigkeit geändert. Das möchte ich einfühend bringen, damit man die Komplexität dieser Fortschreibung überhaupt erkennt. Des Weiteren ist es unser Ziel, mit den Festlegungen zum Klimawandel im Vergleich zum geltenden LEP verbesserte Auswirkungen für wichtige Schutzgüter zu definieren. Ich nenne hier: Mensch, Tier, Pflanzen, biologische Vielfalt, Fläche, Luft und Klima sowie Landschaft.

Das LEP Bayern ist das flächenübergreifende Gesamtkonzept der Bayerischen Staatsregierung zur Entwicklung Bayerns. Mit der Fortschreibung des LEP erfolgt eine umfangreiche Anpassung und Änderung des geltenden LEP. Dabei wird das prioritäre Leitziel der Schaffung und des Erhalts gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Teilräumen Bayerns verfolgt unter Berücksichtigung des Nachhaltigkeitsgedankens. Als Leitmaßstab und auch als Leitziel dient die Nachhaltigkeit, die dem zur Seite gestellt wird. Dabei sollen sämtliche raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen öffentlicher Stellen unter den Vorbehalt einer nachhaltigen Raumentwicklung gestellt werden. In den Regionalplänen werden die allgemeinen konzeptionellen Festlegungen des LEP auf der Ebene einer Region räumlich, vor allem aber inhaltlich konkretisiert. Mit dieser Konkretisierung der Festlegungen auf der Ebene einer Region – ich sage ganz deutlich: einer Region – lassen sich relevante Veränderungen des Umweltzustandes, wie etwa die Flächeninanspruchnahme, ermitteln. Die geplante Festlegung zur Land- und Forstwirtschaft soll vorwiegend dem Erhalt, der Unterstützung wie auch der Weiterentwicklung von vielfältigen multifunktionalen und bäuerlichen Strukturen dienen, unter Einhaltung der dafür notwendigen Flächen und unter Berücksichtigung einer verbrauchernahen Versorgung. Angestrebt wird dabei der Erhalt der natürlichen Ressourcen und einer attraktiven Kulturlandschaft mit regionalen Wirtschaftskreisläufen. Aber insbesondere geht es um den Schutz hochwertiger Böden und des Waldes in all seinen Funktionen.

Mit der Teilfortschreibung wird den Regionalen Planungsverbänden die neue Möglichkeit eröffnet, in regionalen Plänen Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für die Landwirtschaft festzulegen. Das kann beispielsweise zum Schutz landwirtschaftlicher Flächen vor Bebauung beitragen und damit positive Auswirkungen auf das Schutzgut Fläche sowie auf die Böden sicherstellen. Forderungen wie die, die Sie heute bringen, die Sie hier mit diesem Antrag eingebracht haben, sind zum derzeitigen Zeitpunkt obsolet und machen keinen Sinn. Die künftigen Festlegungen des LEP sollten im Ganzen geprüft und aufeinander abgestimmt werden. Dazu besteht im Rahmen des Anhörungsverfahrens mit allen Verbänden, Institutionen und Privatleuten sowie bei der anschließenden Behandlung im Landtag noch ausreichend Gelegenheit. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Christian Zwanziger vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, dem ich hiermit das Wort erteile.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Herr Kollege Eibl, ich finde gut, was Sie referiert haben. Ich setze auch darauf, dass das so kommen wird, wenn die Teilfortschreibung durchgeführt wird. Ich begrüße auch jede Anhörung. Ich bekomme aber mit, dass die Fachverbände bereits mit den Hufen scharren und die Teilfortschreibung auf sich warten lässt. Das mag ein komplexer Prozess sein, aber trotzdem noch einmal meine Frage an Sie; denn ich habe mir sagen lassen, in der Zeit, bevor ich im Parlament war, also vor 2018, hat es den FREIEN WÄHLERN zumindest nicht an Selbstbewusstsein gemangelt. Sie sagen, die Landwirtschaft braucht einen Platz in Bayern, und das soll bei der Teilfortschreibung berücksichtigt werden. Was spricht dagegen, diesen Arbeitsauftrag in den Prozess einzuspeisen? Wenn dann in der Abwägung der Teilfortschreibung die Verbände betonen, wie man das gegen andere Interessen austariert, dann ist das doch okay. Sie können doch aber so selbstbewusst sein, als Parlament zu sagen: Die Landwirtschaft braucht überall in Bayern einen Platz; das wollen wir als

Parlament festhalten und in den Prozess einspeisen. – So selbstbewusst dürften Sie doch sein.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Zwanziger, ich glaube, speziell die FREIEN WÄHLER haben sehr großes Selbstbewusstsein. Davon könnten Sie das eine oder andere noch lernen. Wenn Sie aufgepasst hätten, hätten Sie gehört, dass ich ausdrücklich wiedergegeben habe, was wir neu positioniert haben mit den Möglichkeiten, welche die Regionalen Planungsverbände in Zukunft in der Differenziertheit Bayerns eigenständig, eigenverantwortlich und regional abgestimmt handhaben können. Ich glaube, damit ist alles gesagt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Annette Karl für die SPD-Fraktion. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Die GRÜNEN fordern in ihrem Antrag einen Passus im Landesentwicklungsprogramm, der es der Regionalplanung ermöglicht, Vorranggebiete für die Landwirtschaft auszuweisen. Wohlgemerkt, das ist keine Pflicht, sondern die Möglichkeit, solche Gebiete auszuweisen. Landwirtschaftliche Flächen unterliegen schon jetzt zahlreichen Nutzungskonkurrenzen, und deshalb halten wir diese Idee von Vorranggebieten für die Landwirtschaft für durchaus zielführend.

Die Umsetzung wird sicher nicht ganz einfach sein; denn man muss die Rolle und die Funktion der Regionalen Planungsverbände anschauen. Die Regionalen Planungsverbände sind chronisch unterfinanziert und in ihrer Besetzung schwierig, weil dort die Vertreter der großen Orte die Oberhand haben. Wie gesagt, es ist aber noch Zeit bis zur Verabschiedung der Teilfortschreibung, um all diese Dinge zu betrachten. Wir sind deswegen auch der Meinung, dass man das im Rahmen der Teilfortschreibung des LEP intensiv diskutieren sollte. Wir werden dem Antrag aber schon heute zustimmen,

wie wir das auch im Ausschuss getan haben, weil ich der Meinung bin, dass es wichtig ist, so ein Meinungsbild weiterzugeben. Das LEP kann und muss Leitplanken setzen zum Umgang mit Raumkonkurrenzen. Vorranggebiete für Landwirtschaft zu ermöglichen, das wäre genau eine solche wichtige Leitplanke.

Merkwürdig ist allerdings der Umgang der Regierungsfaktionen mit diesem Antrag. Ich habe mir die Protokolle des Wirtschaftsausschusses und des Landwirtschaftsausschusses noch einmal durchgelesen. Lesen bildet ja. Den Antrag haben die GRÜNEN schon 2016 und 2018 gestellt. Damals haben die FREIEN WÄHLER, damals noch in der Opposition, zugestimmt. Dieses Mal haben sie in den Ausschüssen dagegengestimmt. Bei der CSU scheint es interne Kommunikationsprobleme zu geben, um nicht zu sagen, ein komplettes Versagen. Herr Kollege Nussel hat im Wirtschaftsausschuss gesagt, Sie sind dagegen, weil es möglicherweise in die kommunale Selbstverwaltung eingreifen würde. Herr Kollege Schöffel, ebenfalls CSU, hat im Landwirtschaftsausschuss gesagt: Die Notwendigkeit für solche Vorranggebiete ist gegeben, und das steht auch schon im Vorentwurf der Teilfortschreibung des LEP drin. – Also, ich fasse zusammen: Im Wirtschaftsausschuss ist man dagegen, im Landwirtschaftsausschuss ist man eigentlich dafür und betont, dass das schon in dem Vorentwurf drinsteht. Aber: Ablehnen tun wir es trotzdem. – Das klingt verdächtig nach Karl Valentin, der einmal gesagt hat: Mögen hätte ich schon wollen, aber dürfen habe ich mich nicht getraut.

Der Vorgang zeigt aber auch, und das ist sehr ärgerlich, wieder einmal den Umgang der CSU mit vermeintlichem Herrschaftswissen. Ich fordere deshalb abschließend, dass die Staatsregierung den Vorentwurf des LEP umgehend allen Fraktionen zur Verfügung stellt und nicht nur der CSU-Fraktion, die ihn anscheinend hat, sonst könnte sie nämlich nicht über die Inhalte berichten. Nur so ist darüber eine transparente, die Bürger und Verbände einbeziehende Diskussion möglich.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Alexander Muthmann für die FDP-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Zwanziger hat noch einmal nachgefragt, wie es die FDP mit diesem durchaus einfachen Antrag hält. Wir würden das heute nicht unterstützen wollen, wiewohl einzuräumen ist, dass diese Frage als Bestandteil eines Gesamtkonzeptes – um das Thema Flächensparen nicht nur immer anzubeten und zu propagieren, sondern auch einmal zu soliden Umsetzungsschritten zu kommen – sicherlich auch dazu zu zählen wäre.

Wir haben vor zwei Jahren auch einmal ein Konzept zum Flächensparen vorgelegt, das sich durchaus auch mit konkreten Verpflichtungen und Appellen, jedenfalls mit auf die einzelne Kommune heruntergerechneten Vorgaben befasst hat. Das sind Dinge, die nach unserer Überzeugung im Kern wichtig sind, um den Kommunen als Trägern der Bauleitplanung deutlich zu machen, dass es auch nach den verfassungsrechtlichen Vorgaben zur Planungsfreiheit und den Planungsverantwortlichkeiten vor allem auch in ihrer Verantwortung und ihrer Gestaltungsmacht liegt, zu einem sparsamen Umgang mit Grund und Boden zu kommen.

Der jetzige Antrag, die Staatsregierung dazu aufzufordern, im LEP die Ausweisung von Vorranggebieten im Regionalplan zu ermöglichen, sagt zunächst noch nicht, ob das und wo das gegebenenfalls der Fall wäre. Das müssten ja die Regionalen Planungsverbände machen. Neben den ohnehin bestehenden gesetzlichen Vorgaben insbesondere aus dem § 35 Baugesetzbuch, die Außenbereichsflächen per se von gewerblicher Bebauung und Wohnbebauung – es sei denn, es wird ein Bebauungsplan darüber gelegt – freihält, sodass dort im Übrigen nur ganz wenige privilegierte Vorhaben zulässig sind, ist es schon einmal eine gesetzgeberische Konzeption und Lösung, die der landwirtschaftlichen Nutzung und der Lebensmittelproduktion vorbehaltenen Flächen zu schonen und zu schützen.

Die Gemeinden müssen im Rahmen ihrer Bauleitplanung ohnehin schonend mit Grund und Boden umgehen. Auch das ist dem Gesetz schon zu entnehmen.

Ich will noch zwei Fragen aufwerfen, denen wir uns im Rahmen der Fortschreibung noch einmal näher zuwenden sollten. Das ist zum einen die Frage der Effizienz einer solchen Möglichkeit. Frau Kollegin Karl hat ja soeben schon darauf hingewiesen. Nach meiner praktischen Beobachtung und Erfahrung besteht kaum Bereitschaft der Regionalen Planungsverbände und der dortigen Träger, einzelnen Gemeinden auch mal weh zu tun und eine Vorstellung aus überregionalen Überlegungen heraus auch durchzusetzen, wenn der zuständige Bürgermeister und die zuständige Bürgermeisterin sagt, dass man da aber anderes vorhabe und mal die Finger davon lassen solle. Das ist schon auch praktisch gelebte Regionalplanung. Selbst wenn man eine solche Option einräumte, wäre das, glaube ich, immer noch ein stumpfes Schwert.

Noch ein ganz praktischer Hinweis: Wenn es ein solches Vorranggebiet für landwirtschaftliche Nutzung geben sollte, dann müsste auch noch geklärt werden, wie es dann beispielsweise mit PV-Freiflächenanlagen wäre. Gehen die da dann noch? Oder gehen die dann nicht mehr? – Das sind Dinge, die jedenfalls ich zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantworten kann. Das sind aber spannende Fragen. Das sind uns auch wichtige Themen.

Ich bitte deswegen um Verständnis dafür, dass wir hier und heute noch nicht zustimmen. Wenn Sie aber noch ein bisschen arbeiten und das in ein Gesamtkonzept einbetten, können wir gerne noch einmal darüber reden. – Für heute herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann schließe ich hiermit die Aussprache, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Es ist namentliche Abstimmung beantragt. Greifen Sie deshalb zu Ihren Abstim-

mungsgeräten. Es geht um die Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/11287. Die Abstimmungszeit dauert drei Minuten und beginnt jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 17:14 bis 17:17 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die Abstimmungszeit endet jetzt. Das Ergebnis der Abstimmung wird später bekannt gegeben. Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen und im Plenum wieder Ruhe einkehren zu lassen.

(...)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich nutze die kurze Zwischenzeit, um das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Vorranggebiete für die Landwirtschaft in der Regionalplanung ermöglichen", Drucksache 18/11287, bekannt zu geben. Mit Ja haben 29 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 72 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltung gab es eine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 21.07.2021 zu Tagesordnungspunkt 35: Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Vorranggebiete für die Landwirtschaft in der Regionalplanung ermöglichen (Drucksache 18/11287)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Adje Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin			
Bozoglu Cemal	X		
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian			
Dr. Büchler Markus	X		
Busch Michael			
Celina Kerstin			
Dr. Cyron Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert			
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin			
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang			
Dr. Faltermeier Hubert			
Fehlner Martina	X		
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne	X		
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara			
Füracker Albert			
Ganserer Tessa			
Gehring Thomas			
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard			
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin		X	
Prof. Dr. Hahn Ingo			
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim			
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Henkel Uli			
Herold Hans			
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Högl Petra			
Hofmann Michael			
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia			
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Köhler Jochen		X	
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Kurz Susanne			
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin			
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander			
Nussel Walter			
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus	X		
Pohl Bernhard			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin			X
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Siekmann Florian			
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik			
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna			
Straub Karl			
Streibl Florian			
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans	X		
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winhart Andreas			
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	29	72	1